

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

Ausschreibung stoppen – die Zukunft der Berliner S-Bahn sichern

Angesichts des Scheiterns der kombinierten Ausschreibung von S-Bahn-Betrieb und Fahrzeugbeschaffung wird der Senat aufgefordert,

1. umgehend die Beschaffung neuer S-Bahn-Züge durch das Land und den Aufbau eines kommunalen Fahrzeugparks einzuleiten,
2. unverzüglich mit dem Aufbau eines kommunalen Unternehmens für den S-Bahn-Betrieb zu beginnen, mit dem Ziel, dieses Unternehmen durch eine Inhouse-Vergabe – beginnend mit dem ursprünglich zur Ausschreibung vorgesehenen Teilnetz – sukzessive mit dem Betrieb der S-Bahn zu beauftragen,
3. einen Übergang entsprechend der EU-Verordnung 1370/2007 und entsprechend des Berliner Vergabegesetzes für die Beschäftigten der Berliner S-Bahn sicherzustellen, der die individuellen und kollektiven Arbeitnehmerrechte garantiert.

Begründung:

Die vom Berliner Senat auf den Weg gebrachte Ausschreibung für die Berliner S-Bahn ist faktisch gescheitert. Die kombinierte Ausschreibung für Zugbeschaffung und -bereitstellung mit einer Laufzeit von 30 Jahren und für den Betrieb über 15 Jahre war in dreifacher Hinsicht eine politische Fehlentscheidung.

Erstens bedeutete die Koppelung der ohnehin zeitkritischen Fahrzeugbeschaffung mit der Ausschreibung des Betriebs eine Verzögerung der Fahrzeugbeschaffung um mindestens zwei weitere Jahre. Bereits vor 2017 wird damit eine weitere Einschränkung des S-Bahn-Betriebs verursacht, da die S-Bahn alte Züge umrüsten und zu diesem Zweck aus dem laufenden Betrieb herausziehen muss. Desweiteren entstehen dadurch hohe zusätzliche, von der S-Bahn auf ca. 100 Mio. Euro geschätzte Kosten.

Zweitens wurde ein rechtlich nicht ausreichend geprüfter Weg beschritten, mit der Konsequenz, dass das Kammergericht ankündigte, eine rechtliche Prüfung durch den EuGH zu veranlassen für den Fall, dass das Land Berlin die Ausschreibung aufrechterhält. Hiermit wäre eine weitere zeitliche Verzögerung der Vergabe und der damit verbundenen Fahrzeugbeschaffung verbunden. Der S-Bahn-Betrieb bliebe wegen fehlender Züge bis in das nächste Jahrzehnt nur eingeschränkt möglich.

Drittens droht mit den Teilausschreibungen entweder die (Teil-)Privatisierung der S-Bahn oder ein „Weiter so“ mit der wie ein Privatunternehmen agierenden DB AG. Eine Ausschreibung ist mit hohen Transaktionskosten verbunden, die Finanzierungsbedingungen für die Fahrzeugbeschaffung sind für das Land günstiger als für private Betreiber. Außerdem sind die DB AG und private Betreiber gewinnorientiert, während ein kommunales Unternehmen lediglich kostendeckend arbeiten muss. Ein Kostenvorteil ist daher bei einer Ausschreibung nicht erkennbar. Stattdessen ist die Gefahr sehr groß, dass gewinnorientierte Unternehmen ihre Rendite durch Reduzierung der Qualität, des Personals, Verschlechterung der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen zu optimieren versuchen.

Nur durch direkten Zugriff auf das operative Geschäft durch eine Eigentümerstellung kann die Stadt eine effektive Kontrolle ausüben. Diese kann weder durch noch so ausgeklügelte Vertragskonstruktionen noch durch Vertragscontrolling ersetzt werden. Deshalb ist es an der Zeit, jetzt die Notbremse zu ziehen, den Irrweg der Ausschreibung zu beenden und eine kommunale Lösung sowohl für die Fahrzeugbeschaffung als auch für den Betrieb zu wählen.

Berlin, d. 30. Januar 2013

U. Wolf H. Wolf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke